

Hopfenweg 21  
PF/CP 5775  
CH-3001 Bern  
T 031 370 21 11  
info@travailsuisse.ch  
www.travailsuisse.ch

Delegiertenversammlung von Travail.Suisse, 29. April 2016 / Resolution

## **Die Integration von Flüchtlingen bedingt einen stärkeren politischen Willen**

Der Bundesrat schlägt ein Pilotprogramm vor, um die Integration von Personen aus dem Asylbereich zu fördern. Dieses Projekt wird 2018 anlaufen und bezweckt eine frühzeitige Sprachförderung sowie eine Integrationsvorlehre, die als Sprungbrett für eine Berufsbildung oder direkt für den Zugang zum Arbeitsmarkt dienen sollen. Ein solches Vorgehen ist angesichts der Verletzlichkeit der Bevölkerung aus dem Asylbereich und der möglichen Zunahme der Anzahl der Flüchtlinge in den nächsten Jahren nötig. Es gibt aber auch gewisse Hindernisse, die im Rahmen der Umsetzung des Pilotprojekts 2018 zu beachten sind und die einen stärkeren politischen Willen bedingen:

1. Es ist ein Entwurf für eine Gesetzesrevision vorhanden, der die Aufhebung einiger administrativer Hindernisse für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge vorsieht. Diese Entwicklung ist zu begrüßen, doch die Integrationspolitik muss kohärenter sein und darf keine weiteren Hindernisse auf anderen Ebenen schaffen. Eine Sozialhilfeabhängigkeit sollte nicht mehr zu einer Stigmatisierung führen und mit einem möglichen Entzug der jeweiligen Bewilligungen sanktioniert werden. Eine solche Schwächung ist für die Arbeitnehmenden alles andere als günstig.
2. Der Schutz von Löhnen und Arbeitsbedingungen bleibt unabdingbar, um eine erfolgreiche Integration auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Wegen des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt und der abnehmenden Anzahl Stellen für wenig qualifizierte Arbeitskräfte müssen die Schutzmassnahmen gegen Lohndumping verstärkt werden. Diese Massnahmen können in einem günstigeren politischen Umfeld einfacher umgesetzt werden, aber auch wenn der politische Wille vorhanden ist, Arbeitslose nicht zu schwächen. Die Programmteilnehmer müssen deshalb auch über die Rechte von Arbeitnehmern und über die sozialpartnerschaftlichen Strukturen der Schweiz informiert werden.
3. Der Wille, die Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt zu beschleunigen, darf nicht zulasten der besonderen Betreuung gehen, die Personen mit physischen und/oder psychischen Gesundheitsproblemen zu gewähren ist. Solche Probleme, die häufiger bei anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen auftreten können, bremsen deren Integrationsprozess. Daher dürfen sie nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Eine Verstärkung der Massnahmen in den Bereichen Begleitung und Betreuung sollte daher ebenfalls berücksichtigt werden.

Travail.Suisse verlangt von den politischen Behörden und von den Projektpartnern, dass der Kommunikationsstrategie ein besonderes Augenmerk geschenkt wird. Die Kommunikation sollte die Personen aus dem Asylbereich nicht als Personen stigmatisieren, die mehrheitlich sozialhilfeabhängig sind und die einen grossen Anteil an der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz ausmachen. In einem unklaren politischen Umfeld, das durch die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative entstanden ist, ist es auch wichtig, die effektiven Auswirkungen des Projekts auszuweisen, um unverhältnismässige Erwartungshaltungen zu verhindern und um die tatsächlichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der genannten Initiative nicht zu verschleiern.